

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erseint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinpatigte Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

53. Jahrgang.

Nr. 85.

Dienstag, den 24. Juli

1906.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Bäckermeisters **Arno Fischer** in **Schönheide** wird heute am **21. Juli 1906, nachmittags 3 Uhr** das Konkursverfahren eröffnet.

Der Rechtsanwalt **Haffurth** in Eibenstock wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. August 1906 bei dem Gerichte anzumelden. Es wird zur Beschlussfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Befreiung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

Freitag, den 24. August 1906, vormittags 10 Uhr

— vor dem unterzeichneten Gerichte, Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur

Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabsolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. August 1906 Anzeige zu machen.

Königliches Amtsgericht zu Eibenstock.

Die **Geschäftsräume der Gemeindeverwaltung, des Standesamtes und der Sparkasse** sind

Dienstag u. Mittwoch, den 24. u. 25. Juli 1906

wegen vorzunehmender Reinigung **geschlossen**. Unaufschiebbar Angelegenheiten werden an diesen Tagen von 11—12 Uhr vorm. erledigt.

Der Gemeindevorstand zu Schönheide.

Keine Intervention in Rußland.

Schon in den Tagen der Monarchenbegegnung von Schönbrunn wurde von Wien aus hartnäckig die Fabel verbreitet, Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef oder auch ihre diplomatischen Begleiter hätten sich über die Zweckmäßigkeit eines gemeinsamen Verhaltens gegenüber den Ereignissen in Rußland, ja sogar über den Fall eines militärischen Eingreifens vertraulich ausgesprochen. Die Folge solcher Falschmeldungen konnte nur sein, daß demgegenüber der Entschluß der beiden mittel-europäischen Kaiserreiche, jede Einmischung in die russischen Wirren zu vermeiden, von berufener Stelle um so bestimmter kundgegeben wurde. Mit besonderer Entschiedenheit geschah dies im Namen der deutschen Politik. Es kann nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß wir bei aller Teilnahme für die schwierige Lage des russischen Kaiserhauses und bei allem Verständnis für die Pflichten, mit denen die russische Regierung zu kämpfen hat, die revolutionären Zustände in dem großen Slavenreich nur als eine Krankheit behandeln können, die Rußland in sich selber zu überwinden hat. Fremde Parteimahne, gleichviel in welchem Sinne, würde nur Öl ins Feuer gießen und internationale Verwicklungen herbeiführen. Von dieser Einsicht sind die Regierungen der an Rußland grenzenden Staaten durchdrungen, die Völker scheinen es nicht überall zu sein. Denn, abgesehen von den neuerdings zahlreich gewordenen Aufrufen in der deutschen Sozialistenpresse zu bewaffneter Unterstützung der russischen Umstürzler, gewinnt man den Eindruck, als ob auch gewissen Kreisen der österreichischen Polen ein Vorwärtlich auf Warschau, selbstverständlich zu gunsten ihrer in Kongresspolen lebenden Brüder, durchaus nicht unwillkommen wäre. Gerade auf polnische Quelle scheinen jene früheren Unwahrheiten über die Möglichkeit des Auftretens deutscher und österreichischer Truppen auf russischem Boden zurückzuführen zu sein.

In den letzten Tagen hat nun aber Herr Petrunowitsch, ein hervorragender Führer der konstitutionellen Demokraten in der russischen Reichsduma, in offener Sitzung das Gespenst einer deutsch-österreichischen Invasion zur Unterdrückung der russischen Freiheitsbewegung als ernsthafteste Wirklichkeit ausgeben wollen, nachdem unmittelbar vorher in ein russisches Regierungsblatt jene schon früher widerlegten Behauptungen über angebliche Abreden zwischen Berlin und Wien abermals eingeschmuggelt worden waren. Die russische Regierung beeilt sich, dieses Manöver unschädlich zu machen, und von deutscher wie österreichischer Seite hat eine amtliche Zurückweisung des dreisten Märchens nicht auf sich warten lassen. Der Zwischenfall beweist aber, daß in Rußland nachgerade jedes Mittel als recht gilt, wenn man glaubt, damit die nationale Leidenschaft des russischen Volkes entflammen zu können. Es wird auch durch diese neueste Erfahrung nur bestätigt, zu welchen Treibereien gegen unsere auswärtige Politik eine vor Klärung der inneren Lage Rußlands erfolgende Zusammenkunft Kaiser Wilhelms mit dem Zaren mißbraucht werden könnte, und wie sachgemäß es ist, daß diese Begegnung vorläufig unterbleibt.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Anwesenheit des Kaisers in Norwegen ist nach der „Neuen politischen Korrespondenz“ bis in die erste Augustwoche hinein geplant.

— Einem ziemlich bestimmt auftretenden Gerücht zufolge wird der Kaiser nach Beendigung der Nordlandsreise abermals in Norwegen zu einem Besuche des Fürsten Väilo erwartet. Der Reichskanzler, welcher mit dem Kurverfolg sehr zufrieden ist, wird voraussichtlich von Norderny zunächst zur Nachkur nach Homburg v. d. Höhe reisen.

— Das vorläufige Ergebnis der Reichstagsersatzwahl für Rinteln-Posgeismar ist folgendes: Herzog (deutsch-sozial) 6048, Rothe (Nationallib.) 1367, Köhlig (frei. Volkspartei) 1043, Helmerich (Antisemit) 1835 und Wetterlein (Soziald.) 3907 Stimmen.

— Der „Vorwärts“ veröffentlicht unter der Überschrift „Ausbildungskurse für Parteifunktionäre“ die näheren Bestimmungen über die von der Partei geplante

Ausbildung von Redakteuren, Parteisekretären und Agitatoren. Danach beträgt die Dauer eines Kurses in der Regel sechs Monate, die Zahl der Teilnehmer bezw. Teilnehmerinnen nicht unter 24 und nicht über 30. Die Besucher der Kurse werden von den Landes- und Provinz-Organisationen in Vorschlag gebracht, der Parteivorstand trifft im Verein mit den Vortragenden die Auswahl der Teilnehmer. Bei der Auswahl der Teilnehmer sind möglichst die verschiedenen Parteigebiete Deutschlands zu berücksichtigen. Von den zur Aufnahme gelangenden Kandidaten wird verlangt, daß sie keine Neulinge in der Bewegung sind. Ergibt sich, daß ein Schüler den an ihn gestellten Anforderungen nicht genügen kann, so kann er auf Antrag der Vortragenden durch den Parteivorstand aus dem Kursus entlassen werden. Die Unterhaltungskosten für die Teilnehmer übernimmt die Partei, und zwar werden monatlich für einen Teilnehmer 125 M. gewährt, auch wird für die Reise Fahrgehalt III. Klasse zum Beginn und zum Schluß des Kursus vergütet. Ist eine Familie zu unterstützen, so werden hierfür besondere Sätze vereinbart. Die Lehrmittel, sowie sämtliche andere Unterhaltungskosten, wie Gehälter, Miete, Ausstattung und Reinhaltung der Räume, Licht und Heizung, übernimmt ebenfalls die Partei. Als Lehrgegenstände sind in Aussicht genommen: Nationalökonomie, Soziologie, historische Materialismus, Geschichte der sozialdemokratischen Partei, Geschichte der bürgerlichen Parteien, Verfassungsweisen und soziale Gesetzgebung, Gesetzkunde, insbesondere die wichtigsten Bestimmungen des Strafrechts, des Strafprozesses und des bürgerlichen Rechts, Gewerkschaftswesen und praktische Sozialpolitik, Stil- und Redebildungen. Die Ausbildung wird ausschließlich im Hinblick auf die fünftägige Stellung der Teilnehmer geleitet. Die Dauer der Ausbildungszeit beträgt wöchentlich 30 Stunden, doch werden daneben noch Arbeiten für die Zwecke der Kurse beantragt. Die Gesamtkosten sind auf 1500 M. auf den Kopf veranschlagt. Der „Vorwärts“ legt Wert darauf, die gegnerische Meinung zu bekämpfen, daß die Gründung der Kriegsschule eine Folge der Diätengeldzahlung sei. Ob Diäten gewährt würden oder nicht, sei für die Gründung der Ausbildungskurse gänzlich gleichgültig. Diese seien gegründet worden, weil sie eine Notwendigkeit seien. Die Mittel dazu seien auch ohne die ersparten Diätengelder vorhanden, die nicht 70- bis 80000, sondern höchstens 40- bis 45000 M. betrügen. „Aber warum beneiden uns“, sagt der „Vorwärts“ nicht ganz unrichtig, „die kapitalistischen Parteien um unsere Mittel, die sie bei der nötigen Opferwilligkeit in viel reicheren Maße als wir besitzen könnten!“

— Altona, 20. Juli. Der angebliche Anarchist August Rosenberg ist als unverdächtig aus der Haft entlassen worden.

— Rußland. Der Petersburger Korrespondent der Kölnischen Zeitung drahtet, daß das Mißlingen der Bildung eines Kabinetts aus den konstitutionellen Demokraten, worin man in Peterhof den besten Ausweg aus der verwickelten Lage erblickte, zu einer vollständigen Sinnesänderung bei Hofe führte und dort den Entschluß, auch vor entschiedensten Mitteln nicht zurückzuschrecken, festigte. Der Verband der russischen Kämpfer gegen die Revolution wartet ungeduldig auf den Augenblick, da die zunehmende Reaktion ihre Hände entseffelt und ihnen gestattet den Bürgerkrieg zu beginnen. Als Beweis dafür dient die Meldung aus Kiew, wonach die Verbände des russischen Volkes einen Plan zu einem riesigen Gemebel entworfen haben, dem eine Kundmachung unter dem Titel „Revolution steht still“ vorangehen soll; sie werde den Sozialisten und Sozialrevolutionären, Konstitutionalisten eine fünfzehntägige Frist zur Waffenstreckung gewähren; erfolge diese nicht, dann folge der offene blutige Kampf. Die Stadt Kiew sei in acht Bezirke geteilt; in einem solle mit blanker Waffe, im andern mit Gewehren vorgegangen werden.

— Stößel zum Tode verurteilt. Ein Telegramm des „Verl. Tagebl.“ aus Petersburg meldet, daß die Untersuchung wegen der Kapitulation von Port Arthur beendet worden ist. Der Bericht soll dem Zaren in etwa drei Wochen vorgelegt werden. Die Untersuchungskommission, die unter General Kopp tagte, stellte fest, daß die Kapitulation der Festung ein schweres Verbrechen war und fordert für Stößel Orden- und Rangentkleidung sowie den Tod durch Er-

schießen, für General Jock Rangentkleidung und 20 Jahre Zwangsarbeit, für General Reiz Rangentkleidung und Deportation, für Statthalter Alexejew und General Smirnow sowie für einige andere Offiziere einen allerhöchsten Verweis.

— Bis zum Jahre 1911 wird die Kriegsslotte Rußlands wieder ein achtunggebietender Faktor in der Ostsee sein, vorausgesetzt, daß die jetzt beschlossenen Bauten ohne Störung zur Ausführung kommen. An Linien Schiffen besitzt Rußland zurzeit in der Ostsee 5, die sämtlich mit Ausnahme des umgebauten Imperator Alexander II. durchaus modern sind. Dazu sollen noch 3 Neubauten kommen, die man demnächst in Frankreich, England und Deutschland in Bestellung geben will. Bei diesen soll der höchste Wert auf großen Kohlenvorrat und demgemäß weite Dampfstrecke gelegt werden im Hinblick auf eine Verwendung im Ausland. An Panzerkreuzern sind teils fertig, teils im Bau 9 mit einem Displacement von 6800—15000 Tonnen, von modernen geschützten Kreuzern sind 7 vorhanden mit 3150—6750 Tonnen Displacement. Dazu kommen noch 4 kleineren bezw. älteren Typs. Die Zahl der Torpedobootszerstörer ist auf rund 60 festgesetzt, ebensoviel Torpedo- und Unterseeboote sollen gebaut werden. So wird die russische Ostseeflotte an Geschützstarke, modernen Schiffen nach rund vier Jahren 8 Linien Schiffe, 9 Panzerkreuzer und 7 geschützte Kreuzer neben den oben aufgeführten leichten Streitkräften zählen.

— Frankreich. Sonnabend nachmittag wurde dem Major Dreyfus in der Militärschule das Ritterkreuz der Ehrenlegion feierlich überreicht.

— Amerika. Bereits vor einigen Tagen war durch Vermittlung der Vereinigten Staaten und Mexikos ein Waffenstillstand zwischen Guatemala, Salvador und Honduras zustande gekommen. Durch Friedensschluß an Bord eines amerikanischen Kreuzers sind die Streitigkeiten zwischen den mittelamerikanischen Staaten, die zu mehreren blutigen Gefechten geführt hatten, nunmehr endgültig beendet worden. Nach einer Depeche aus San José (Guatemala) ist am Freitag auf hoher See an Bord des Kreuzers der Vereinigten Staaten „Warblehead“ der Friedensvertrag zwischen Guatemala, Salvador und Honduras unterzeichnet worden.

— China. Die Japaner nehmen sich mit großem Eifer der Reorganisation des chinesischen Heeres an. Auf ihren Vorschlag soll die Durchführung der Reformen innerhalb eines Zeitraums von sechzehn Jahren beendet sein. Nach dieser Periode wird die chinesische Wehrmacht aus 42 Divisionen bestehen, die sich aus je 2 Infanterie-Brigaden zu 12 Bataillonen, 1 Kavallerie-, 1 Artillerie-Regiment und 1 Genie-Bataillon zusammensetzen. Auch die Ausbildung der Offiziere liegt größtenteils in japanischen Händen. Der Eintritt der Offizieranwärter in eine Militärschule erfolgt mit 15 Jahren. Die Jünglinge werden dort acht Jahre ausgebildet, sodas ihre Ernennung zum Offizier im 23. Lebensjahre erfolgt. Bei Beendigung der Reorganisation im Jahre 1922 werden 12800 Offiziere und Offizier-Aspiranten verfügbar sein. Später sollen jährlich 1500 neue Offiziere in die Armee übertreten. Bisher sind 4000 Offizier-Anwärter vorhanden, von denen 500 in Japan ausgebildet werden. Außerdem befinden sich zurzeit 200 Offiziere zur weiteren Ausbildung in Japan.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 23. Juli. In der gestrigen Sitzung des Gesamtvorstandes vom Erzgebirgsverein in Buchholz wurde die Errichtung des Unterkunfts Hauses auf dem Auerberg einstimmig beschlossen. Das Gebäude muß laut Vertrag im Jahre 1907 errichtet werden. Größere Beiträge zum Bau sind bereits gesichert. Ausführlicher Bericht folgt später.

— Eibenstock, 23. Juli. Der Aufstieg des Luftschiffers Gerster, welcher für gestern nachmittag geplant war und zu welchem sich zahlreiches Publikum auf dem Schauplatz eingefunden hatte, mußte unterbleiben, da der Ballon, bez. die Ballonhülle sich als nicht genügend tragfähig erwies.

— Eibenstock, 23. Juli. Wettervorhersage: Montag, den 23. 7. 06, abends 6 Uhr bis Dienstag, den 24. 7. 06, abends: Schwache südliche Winde, vielfach heiter, stellenweise Gewitter, Temperatur nicht erheblich geändert.